

ZEITSCHRIFT FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESENTWICKLUNG

Neues Archiv für Niedersachsen

300 Jahre Personalunion

I | 2014



Neues Archiv für Niedersachsen
I/2014

300 Jahre Personalunion

Wachholtz



Grußwort

Von 1640, als Herzog Georg zu Braunschweig-Lüneburg nach zuvor erfolgter Residenznahme in Hannover den Bau des Leineschlusses vollenden ließ, bis 1714, als der hannoversche Kurfürst Georg Ludwig als König Georg I. nach London abreiste, wussten die Hannoveraner ihre Landesherren für fast ein dreiviertel Jahrhundert in ihrer Mitte.

Es folgten jene 123 Jahre der Personalunion, deren Beginn sich 2014 zum 300. Male jährt und die im »Stammland« sowohl Anlass zur öffentlichen Erinnerung als auch zur wissenschaftlichen Aufarbeitung verschiedener Aspekte dieser Periode bietet.

Es ist für mich persönlich wie für meine Familie immer wieder eine Ehre, dass die geschichtlichen Ereignisse, die das Haus Hannover geprägt haben, in der Öffentlichkeit bis heute eine große Würdigung und Wahrnehmung finden. Mein Dank gebührt all denen, die sich für das kulturelle und wissenschaftliche Erbe so unermüdlich einsetzen und es damit für die folgenden Generationen lebendig halten.

Umso mehr freue ich mich, dass neben der großen Landesausstellung »Hannovers Herrscher auf Englands Thron 1714–1837« in Hannover, Celle und auf Schloss Marienburg sowie dem Promotionskolleg Personalunion an der Georgia Augusta in Göttingen auch die Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. das Ereignis mit dem vorliegenden Themenheft, das auf das Engste mit dem Haus Hannover verbunden ist, würdigt.

Ich bedanke mich für die nachfolgenden Beiträge und wünsche der Wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V. weiterhin viel Erfolg.

S. K. H. Erbprinz Ernst August von Hannover
Herzog zu Braunschweig und Lüneburg

Inhalt

Neues Archiv für Niedersachsen 1/2014

300 Jahre Personalunion

- 5 Vorwort
- 6 Arnd Reitemeier
Die Personalunion zwischen Großbritannien
und Hannover 1714–1837
- 22 Christian Vogel
Die Niedersächsische Landesausstellung »Als die Royals aus
Hannover kamen – Hannovers Herrscher auf Englands Thron«
- 27 Arnd Reitemeier
Das Promotionskolleg »Die Personalunion zwischen Groß-
britannien und Hannover 1714–1837 als Kommunikations- und
Handlungsraum«
- 36 Gerd van den Heuvel und Ulrike Weiß
»Ein unvergängliches Monument im hannoverschen Archiv«.
Die Urkunden zur Sicherung der hannoverschen Thronfolge
in Großbritannien
- 49 Ulrike Weiß
Die Medaillen auf die Personalunion und auf den
Regierungsantritt Georgs I.
- 74 Dieter Brosius
Die Deutsche Kanzlei – ein Bindeglied zwischen London und
Hannover in der Zeit der Personalunion
- 80 Solveig Grebe
Hinter den Kulissen der Faucitt-Mission: Das hannoversche
Engagement im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg
- 97 Timo Evers und Andreas Waczkat
Musikalischer Kulturtransfer im Kontext der Personalunion?
Überlegungen zu einer unwägbarer Kategorie in der historischen
Musikforschung
- 119 Torsten Rietze
Großbritannien und das Jubiläum zur 300jährigen Wiederkehr
der protestantischen Sukzession, 1714–2014
- 134 Über die Autorinnen und Autoren
- 135 Impressum

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zeit der Personalunion, die für 123 Jahre Hannover und England in der Person des Herrschers verbunden hatte, steht im Jahre 2014 im Mittelpunkt unterschiedlichster Aktivitäten, die an die 300. Wiederkehr des Beginns dieser Epoche erinnern. Auf diese geht das vorliegende Themenheft ebenso ein wie auf ausgewählte Aspekte der wissenschaftlichen Befassung mit Hintergründen, Wechselwirkungen und Nachwirkungen der Personalunion. Wir freuen uns, dass wir für dieses Vorhaben vielfältig Unterstützung und Beiträge aus sachkundiger Feder gefunden haben – so durch den Vorsitzenden des wissenschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Landesausstellung und Sprecher des Göttinger Promotionskollegs Prof. Dr. Arnd Reitemeier sowie weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus diesem Arbeitszusammenhang. Ihnen allen sowie den weiteren Autorinnen und Autoren gilt unser herzlicher Dank für ihre Mitarbeit – und dieses umso mehr, als sich für das Jubiläumsjahr 2014 Wünsche und Erwartungen Dritter an ihre Expertise gehäuft und ihr Zeitbudget belastet haben.

Wir hoffen, dass sich das Heft als informativer und anregender Baustein sinnvoll in die zahlreichen Aktivitäten des Jubiläumsjahres einfügen und auch danach anregende Lektüre bieten kann.

Für die Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens (WIG), die das »Neue Archiv für Niedersachsen« herausgibt, ist dieses Heft ein Novum. Es ist das erste Heft, das beim Wachholtz Verlag in Neumünster/Hamburg erscheint. Wir versprechen uns davon, dass dieser Verlag den Vertrieb der Zeitschrift übernimmt, eine noch bessere Verbreitung der von uns herausgegebenen Publikationen. Die Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens hat sich immer dafür eingesetzt, landeskundliche und planerische mit wirtschaftlicher Kompetenz zu verbinden. Dieses Ziel werden wir weiter verfolgen: Denn der Wachholtz Verlag als einer der führenden Verlage in Norddeutschland, der landeskundliche Literatur herausbringt, gehört zur Murmann Verlagsgruppe, und der Murmann Verlag ist einer der wichtigsten Wirtschaftsverlage in Deutschland. Wir danken dem Wachholtz Verlag für sein Engagement.

Dr. Rainer Ertel
Prof. Dr. Hansjörg Küster

Die Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover 1714–1837¹

Arnd Reitemeier

»(...) in Unserm Abwesen nach Unsern Königreichen jetzt und künftig bis zu anderweiter Verordnung (...) zu achten (...)«², mit diesen Worten erteilte Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover, vor seiner Abreise nach London am 29. August 1714 Anweisungen, wie zukünftig Kurhannover zu regieren sei. Ihm war bekannt, dass er auf absehbare Zeit sein Stammland nicht wiedersehen würde, doch er ging mit keiner Silbe darauf ein, dass er zukünftig zusätzlich zu seinem Amt als Kurfürst über Großbritannien als eine der bedeutendsten Mächte Europas mit Besitzungen auf allen bekannten Kontinenten regieren würde. Der Kurfürst war zukünftig »abwesend«. Bereits vor der Krönung des ersten Hannoveraners zum »King of Great Britain« wurde damit erkennbar, dass er zukünftig zwar verfassungsrechtlich als Herrscher über zwei Herrschaftsräume regieren würde, dass diese Territorien aber nicht miteinander verflochten sein würden.

I. Das Zustandekommen der Personalunion

Die Krönung Georgs I. war keine Selbstverständlichkeit und beruhte letztlich auf nur zwei Gemeinsamkeiten: 1. England wie Kurhannover waren protestantisch. 2. Die Welfen waren dynastisch mit den in England und Schottland herrschenden Stuarts verbunden.

England war Anfang des 18. Jahrhunderts konfessionell zerrissen, denn der großen protestantischen Mehrheit standen eine katholische Minderheit sowie die starken

calvinistischen Strömungen der Puritaner und Dissenter gegenüber. Der Versuch der Rekatholisierung Englands durch James II. führte zur sogenannten Glorious Revolution, in der das Parlament Wilhelm III. von Holland als Ehemann der Tochter James' II., Mary Stuart, die Herrschaft antrug und beschloss, dass nun alle Könige als Protestanten der Church of England vorstanden.

Grundlage der dynastischen Verbindung war die Heirat der Schwester Heinrichs VIII.

von England, Margaret Tudor, mit König James IV. von Schottland. Dessen Enkelin Maria Stuart regierte Schottland bis 1567, als sie zugunsten ihres Sohnes aus zweiter Ehe, James VI., abdankte. Dieser herrschte nun über Schottland, ab 1603 auch über das Königreich England, nachdem dort Elisabeth I. ohne Nachkommen gestorben war. Als Begründer der Dynastie der Stuarts in England hatte James mit seiner Frau Anna von Dänemark insgesamt neun Kinder, von denen Elisabeth Stuart 1613 Friedrich V. von der Pfalz heiratete. Das zwölfte Kind dieser Ehe war Sophie von der Pfalz, die 1658 Herzog Ernst August zu Braunschweig-Lüneburg zur Frau nahm. Im Jahr 1701 trug nun das englische Parlament im sogenannten *Act of Settlement* Sophie die Krone an.

Politisch gesehen hatte also ein Beschluss des englischen Parlaments die Thronfolge der Hannoveraner begründet: Als sich abzeichnete, dass Queen Anne, Schwägerin von Wilhelm III., kinderlos bleiben würde, griff das Parlament in die dynastische Erbfolge ein und bekräftigte die konstitutionelle Monarchie. Dieser Beschluss war ebenso einmalig wie brisant, denn zugunsten der protestantischen Thronfolge wurden sämtliche katholischen Thronanwärter einschließlich der 1689 vertriebenen Stuarts übergangen. Auch außenpolitisch war der Beschluss von großer Tragweite, weil sich England mit einem deutschen Fürstentum von sekundärer Relevanz verband, auch wenn das Kurfürstentum Hannover seit wenigen Jahren dem Kreis der bedeutenden deutschen Fürstentümer angehörte. England, das seit Jahrhunderten mit Frankreich im Streit lag und

das sich seit knapp zwei Jahrhunderten gegen Spanien zur Wehr setzte, ging nach der Krönung Wilhelms III. nun zum zweiten Mal eine Verbindung mit einer Dynastie des Kontinents ein. Es begriff sich damit als protestantische wie als europäische Macht von Rang.³

Für das Haus Hannover war der *Act of Settlement* eine Erweiterung seines rasanten politischen Aufstiegs innerhalb des Reichs. Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg und Fürst zu Calenberg, hatte während seiner Herrschaft kompromisslos für die Machterweiterung gekämpft, deren Grundlage eine umfassende Reform der Verwaltung, eine Neuordnung der Staatsfinanzen und das testamentarisch verfügte Primogeniturrecht bildeten, denn nur der älteste Sohn Georg Ludwig würde Herzogtum und Titel erben, während alle nachgeborenen Söhne abgefunden wurden.⁴ Im sogenannten Pfälzischen Erbfolgekrieg hatte der Protestant Ernst August auf der Seite des katholischen Kaisers gekämpft und nachfolgend eine Schaukelpolitik zwischen diesem und dem französischen König verfolgt. Seine Tochter verheiratete er strategisch geschickt und erreichte schließlich, dass der Kaiser dem Herzogtum 1692 die seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wiederholt im Reich geforderte neunte Kurwürde verlieh. Innerhalb von weniger als einer Generation waren damit die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg (Celle) zu einflussreichen Herrschern im Reich aufgestiegen und gehörten zu den ersten unter den protestantischen Fürsten. Diese soziale wie politische Stellung historisch herzuleiten und damit im dynastischen Gefüge des Reichs

zu festigen war das Ziel beispielsweise der von Gottfried Wilhelm Leibniz erarbeiteten Geschichte der Welfen.⁵

Die Personalunion mit den in England unbekanntem Hannoveranern barg aus der Sicht des Parlaments substanzielle Risiken in allen Bereichen der Politik. Um diese zu minimieren, erließ es eine Vielzahl von Ergänzungen und Konditionen: Der zukünftigen Herrscherin Sophie, nach 1714 dann ihrem Sohn Georg Ludwig, wurde ein jährliches Einkommen aus Steuereinnahmen zugebilligt.⁶ Diese vordergründige Geste der Unterstützung und der finanziellen Absicherung bedeutete tatsächlich, dass die Monarchin zukünftig gleichsam auf der Gehaltsliste des Parlaments stand, was dem Selbstverständnis eines souveränen Fürsten des Absolutismus widersprach. Englische Ehren und Titel durften nur an Engländer verliehen, britische Angelegen-

heiten mussten in Großbritannien selbst entschieden werden, und der Herrscher durfte nach seiner Krönung das Land nur mit Zustimmung des Parlaments wieder verlassen. Der Einsatz englischer Truppen im Kurfürstentum oder zu seiner Verteidigung war verboten, wie überhaupt Finanztransaktionen nach Kurhannover untersagt wurden. Mit all diesen Verfügungen reagierte das Parlament auf Missstände unter Wilhelm III. und suchte seinen Einfluss so weit wie möglich zu wahren.⁷ Den Hannoveraner Welfen fiel die Anerkennung des *Acts of Settlement* schwer, sie betonten daher stets die dynastische Kontinuität und rechtfertigten auf diese Weise ihre Ansprüche auf den englischen Thron. Doch letztlich akzeptierten sie auch, dass von englischer Seite keine Verschmelzung beider Herrschaftsräume gewünscht war.

2. Die Personalunion in ihrer Entwicklung

Die Entwicklung der 123 Jahre dauernden Personalunion lässt sich in drei Zeitabschnitte unterteilen, die jeweils von einer Mischung aus außenpolitischen wie inneren und kulturellen Entwicklungen geprägt wurden.

Im ersten Abschnitt etablierten sich Strukturen und Mechanismen der Politik, die sich in der Folge kaum noch änderten, aber Raum für die Adaption kultureller Elemente schufen.⁸ Das den Kurfürsten auferlegte Verbot, ihre Stammländer zu besuchen, wurde bereits 1716 aufgehoben. Doch wichtiger war die Herausbildung einer Verwaltung auf die Distanz: Im St. James

Palace arbeitete von nun an die sogenannte Deutsche Kanzlei als Dependance der Geheimen Räte in Hannover und organisierte den gesamten für die Administration Kurhannovers notwendigen Schriftverkehr.⁹ Jede Form gemeinsamer politischer Institutionen wäre auch vom englischen Parlament scharf abgelehnt worden. blieb der Kurfürst der Souverän seines Landes unabhängig von seinem Aufenthaltsort, so agierten die Lords Justices in London, wenn die Könige außer Landes waren. Einerseits akzeptierten die Könige damit die Beschränkungen ihrer Macht, aber andererseits versuchten besonders Georg I.

und Georg II. in kontinentaler Tradition die königliche Prerogative auszudehnen.¹⁰ Anders als in Kurhannover lernten die Könige – teils widerstrebend, teils bereitwillig –, mit der politischen Öffentlichkeit einschließlich der breiten Diskussion in den unzensurierten Zeitungen umzugehen. Beide Herrscher waren nicht unumstritten, konnten sich aber in den Aufständen von 1715, 1719 und 1745 durchsetzen.

Kurfürst und König waren zwar eine Person, aber sie agierten politisch unterschiedlich. Insbesondere Georg I. sah in der Personalunion ein Konstrukt auf Zeit ohne Vorteil für Kurhannover und verfügte daher testamentarisch ihre Auflösung.¹¹ Sein Sohn jedoch erkannte in ihr mehr Chancen als Risiken, kassierte das Testament und versuchte, das ökonomische Gefälle zugunsten des Kurfürstentums zu nutzen, und ließ im Widerspruch zum *Act of Settlement* der hannoverschen Kriegskasse versteckt Mittel zukommen.¹² Umgekehrt galt Kurhannover den englischen Kaufleuten als begrenzt lohnenswerter Markt, während das Kurfürstentum kaum über Exportprodukte verfügte.¹³ Gewerbe und Manufakturen in Kurhannover orientierten sich in erster Linie regional:¹⁴ Glas- und Spiegelmanufakturen entlang der Weser führten ihre Waren vorwiegend in andere deutsche Länder und weniger nach Großbritannien aus.

Umfang und Anzahl der ökonomischen und kulturellen Kontakte zwischen beiden Herrschaftsräumen waren begrenzt, aber beispielsweise mit der aktiven Begünstigung der lutherischen Mission in Nordamerika trafen die Herrscher Entscheidungen von langfristig großer Bedeutung. Hierzu

gehört auch die Gründung der Universität Göttingen, die maßgeblich vom Geheimen Rat Gerlach Adolph von Münchhausen betrieben und ausdrücklich von Georg II. unterstützt wurde.¹⁵ London entwickelte sich zur europäischen Kulturmetropole, in der – auch dank der Unterstützung des Hofes – Musiker wie Georg Friedrich Händel reüssierten.

In der zweiten Phase der Personalunion von ca. 1762 bis zur Besetzung Kurhannovers durch die französische Armee 1803 gewannen die Kommunikation und der Austausch an Eigenständigkeit und Umfang. Dies galt in neuer Weise auch den Hof: Georg III. bezeichnete sich als Brite und regierte Hannover stets nur aus der Ferne, da er keinen seiner Versuche, nach Hannover zu reisen, umsetzen konnte. Für ihn war Großbritannien eine separate Einheit mit eigenen politischen Interessen, die völlig vom Kurfürstentum Hannover als seinem privaten – und zunächst ungeliebten – Besitz getrennt war.¹⁶ Doch mit der Amtsübernahme verschob sich seine Wahrnehmung, und er bezeichnete Kurhannover bald als sein ›deutsches Vaterland‹.¹⁷ Zeit seines Lebens verteidigte er die Integrität der Personalunion wie die Souveränität des Kurfürstentums. Hierbei profitierte Georg III. zunächst von einer Phase relativen Friedens infolge der ökonomischen Erschöpfung aller Beteiligten durch den Siebenjährigen Krieg. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde der König zur Symbolfigur Großbritanniens, auch weil er seine Stellung innerhalb der konstitutionellen Monarchie akzeptierte. Seine breiten Interessen – auch die seiner Frau – initiierten wiederholt Möglichkei-

ten des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs: Mit Georg Friedrich Lichtenberg oder auch den Geschwistern Friedrich Wilhelm und Caroline Herschel erfuhr eine kleine Gruppe anglophiler Wissenschaftler Förderung, die zur Bekanntheit der Universität Göttingen im englischsprachigen Raum beitrug.¹⁸ Weitere Gelehrte sowie Anna Vandenhoeck und Carl Friedrich Günther Ruprecht als Verleger machten Göttingen nach und nach zu einem der wichtigsten Zentren der Übersetzung britischer Literatur und der Rezeption und Imitation britischer Kultur.¹⁹ Der kleinen Anzahl britischer Reisender nach Deutschland stand eine große Gruppe norddeutscher Reisender und Auswanderer nach Großbritannien und Amerika gegenüber. Zugleich setzte in der britischen Wirtschaft im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts – sowohl infolge der Mechanisierung und bald der Industrialisierung als auch im Kontext des wachsenden globalen Handels – ein Entwicklungsschub ein, von dem die Hannoveraner Wirtschaft allerdings zunächst nicht erfasst wurde.

In der dritten Phase ab 1803 brachen die meisten der beschriebenen Kontakte infolge der Besetzung Kurhannovers durch die Franzosen und die Kontinentalsperre ab, doch zugleich verselbständigte sich die deutsche Anglophilie unter Rückgriff auf den britischen Freiheitsdiskurs.²⁰ Manifestation der von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Ablehnung der französischen Besatzung war die sogenannte King's German Legion, das Hannoveraner Korps von ca. 18.000 Mann in britischen Diensten, das auf zahlreichen Schauplätzen kämpfte und dem insbesondere in

der Schlacht von Waterloo eine zentrale Rolle zufiel.²¹ Sowohl die militärische Erinnerung der gemeinsamen Waffenbrüderschaft einschließlich der Auszeichnung der Offiziere und Mannschaften als auch der soziale Faktor der Altersversorgung und Versorgung der Witwen und Waisen waren von integrativer Wirkung weit über 1837 hinaus. Aktiver als zuvor trat Großbritannien außenpolitisch für den Erhalt Kurhannovers ein und setzte dessen Erhebung zum Königtum 1814/15 auf dem Wiener Kongress durch. Trotz seiner vielfältigen privaten Interessen kam Georg IV. während seiner Regentschaft ab 1811 und seiner Herrschaft ab 1820 seinen Verpflichtungen nach und besuchte sogar 1821 das Königreich Hannover.²²

Besetzung und Isolierung des Kurfürstentums zwischen 1803 und 1813/14 vertieften die Diskrepanzen zwischen der Hannoveraner Ökonomie und der exportorientierten britischen Wirtschaft. Im Königtum Hannover dauerte es bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, dass Reformen in den Bereichen Grundherrschaft, Landwirtschaft und Gewerbe die Voraussetzungen für eine zumindest in der Region zwischen Hannover und Göttingen beginnende Industrialisierung schufen. Wilhelm IV. versuchte sowohl in Großbritannien als auch im Königreich Hannover eine Reihe innenpolitischer Reformen, von denen das Staatsgrundgesetz und die erweiterte Zusammensetzung der zweiten Kammer der Ständeversammlung die wichtigsten waren.²³ Die Universität Göttingen knüpfte an ihre vor 1789 erworbene Bedeutung an und entwickelte sich zum zentralen Träger von Kultur und Wissenschaft über die Grenzen

des Königreichs Hannover hinaus. Anders als in Großbritannien gab es jedoch im Königreich Hannover ein lediglich rudimentär entwickeltes Bürgertum, das nun englische Gebräuche und Konsumgewohnheiten in intensivierter Form übernahm. Letztlich aber entwickelten sich die beiden Herrschaftsräume in den letzten 25 Jahren der Personalunion teils zeitverschoben und teils unterschiedlich. Georg IV. und nachfolgend Wilhelm IV. überließen das Tagesgeschäft den Ministern und Geheimen

Räten wie Ernst Friedrich Herbert Graf von Münster. Am Ende der Personalunion gab es zwischen beiden Herrschaftsräumen eine tiefere politische Divergenz als je zuvor. In Großbritannien stand man Hannover in einer Weise gleichgültig gegenüber, wie es zuletzt im 17. Jahrhundert gewesen war, während man sich in Hannover wie in anderen Teilen Deutschlands für alles Britische in niemals zuvor erreichtem Maß begeisterte.²⁴

3. Unverbundenheit in Politik und Verwaltung

Mit dem eingangs zitierten Reglement von 1714 behielt sich der Kurfürst grundsätzlich die letzte Entscheidung vor. Allerdings konnten die Geheimen Räte, wie die Minister genannt wurden, unter den festgelegten Bedingungen eine gewisse Verantwortung zu übernehmen, also beispielsweise im Fall eines Angriffs die Streitkräfte kommandieren, die Stände einberufen oder Suppliken bearbeiten. Letztlich aber legten die Räte in der Regel die Entscheidungen dem Kurfürsten in London vor. Damit etablierte sich eine Verwaltungspraxis, in der sämtliche Angelegenheiten, die sonst mündlich vorgetragen, mit dem Kurfürsten abgesprochen und von diesem entschieden worden wären, in Schriftform zwischen den Geheimen Räten in Hannover und dem Monarchen in London ausgehandelt wurden. Folglich war jeweils einer der Geheimen Räte am Hof in Hannover und trug stellvertretend die aus London übersandten Sachverhalte vor resp. erhielt Anweisungen vom Kurfürsten.²⁵ Eine

Reihe von Sekretären setzte dann die Entscheidungen in Schriftform um. Die Folge war ein außerordentlich umfangreicher Kanzleiverkehr. Dieser wurde von weiteren Briefen an die Sekretäre und Geheimen Räte begleitet, in denen diese jenseits der offiziellen Korrespondenz ihre Vorschläge erläuterten, ergänzende Vorschläge unterbreiteten etc. Weil immer einmal wieder Briefe verloren gehen oder abgefangen werden konnten, wurde die meiste Korrespondenz verschlüsselt. Es wäre aber zu wenig, die »Deutsche Kanzlei« am Hof von St. James auf die Organisation der Kommunikation auf die Distanz zu beschränken. Sie hatte auch eine soziale Komponente, denn die Geheimen Räte bildeten eine zahlenmäßig begrenzte und miteinander verflochtene politische Elite.²⁶ Auch die Sekretäre in Hannover wie in London konnten einander.

Politik und Verwaltung des Kurfürstentums blieben von denen Großbritanniens getrennt und hatten lediglich dieselbe

Person als Herrscher, doch schon die leitenden deutschen und britischen Minister wussten phasenweise nicht von der Politik im jeweils anderen Herrschaftsraum, obwohl sie teilweise sogar in enger Nachbarschaft wohnten, da sich rund um den St. James's Palace und Whitehall die Häuser sowohl der führenden britischen Politiker als auch der Geheimen Räte aus Hannover konzentrierten.²⁷ In Großbritannien bildete sich bereits unter Georg II. das Amt des *Prime Minister* heraus, der, gestützt auf die Mehrheit im *House of Commons* und getragen vom Vertrauen des Monarchen, die Tages- und zunehmend die Außenpolitik bestimmte sowie den Staatshaushalt aufstellte. Gleichsam Erbe der Personalunion ist seit 1735 das Haus Downing Street 10 Amtssitz des britischen Premierministers, das seit 1720 der Krone gehörte und in dem bis 1732 der Hannoveraner Geheime Rat Johann Kaspar von Bothmer gewohnt hatte.²⁸ Stets erstatteten britische Diplomaten zuerst der Regierung und sekundär dem Monarchen Bericht, während Hannoveraner Gesandte immer direkt an den Kurfürsten schrieben. Während Georg I. und Georg II. noch – ganz kontinentaler Politik verhaftet – ihren politischen Einfluss auszudehnen versuchten, akzeptierte Georg III. seine konstitutionelle Stellung und räumte seinen Ministern immer größere Spielräume ein, die infolge der Passivität Georgs IV. rasch wuchsen. Erst nach dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kam es in Hannover zu einer ähnlichen Entwicklung, wo schließlich auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes von 1833 eine beschränkte Ministerverantwortung galt.

Die Unverbundenheit der Herrschaft in

der Personalunion offenbarte sich in der Regierungssprache: Die Könige ab 1714 beherrschten mehr oder weniger fließend Englisch, aber sie kommunizierten mit ihren englischen Ministern zunächst vorwiegend in der *lingua franca* der europäischen Höfe, also auf Französisch, teilweise auch auf Englisch, ab 1760 nur noch auf Englisch. Die Sprache der Deutschen Kanzlei wie der Regierung in Hannover war hingegen Deutsch, selten Französisch. Die Sprachbarrieren beschränkten die Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns. Weder in Großbritannien noch in Kurhannover verstand der gemeine Mann die jeweils andere Sprache, auch wenn die Verwendung englischer Phrasen im Zuge der deutschen Anglophilie zu Beginn des 19. Jahrhunderts in höheren Kreisen Mode wurde. Zu einer Symbiose kam es hingegen in der deutschen Wissenschaft, in der Englischkenntnisse die Rezeption britischer Forschung und Literatur beförderten. Folgerichtig schuf man 1751 in Göttingen den ersten Lehrstuhl für englische Sprache in Deutschland.

Die Verwaltung Kurhannovers auf die Distanz war nur möglich auf der Grundlage eines regelmäßigen und leistungsfähigen Postverkehrs. Bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts verband ein Netz von teils staatlich, teils privat organisierten Überlandpostverbindungen die Metropolen und Städte Europas. Die englische Royal Mail wie die Kurhannoversche Post waren staatliche Monopole, die unabhängig von der Personalunion zu einer Verdichtung des europäischen Kommunikationsnetzes im Verlauf des 18. und frühen 19. Jahrhunderts beitrugen, in das zunehmend die Ko-

lonien und Staaten in Übersee einbezogen wurden. Jedoch schwoll die Menge der zwischen Hannover und London transportierten Akten auf anfangs unvorstellbare Mengen an, da aus Hannover alle Vorgänge von Bedeutung in Kopie nach London geschickt wurden, weil die Kurfürsten detaillierte Vorschriften erließen und ausführliche Berichte verlangten.²⁹ Standardmäßig pendelten Postkutschen zweimal pro Woche in beide Richtungen, im Ausnahmefall bewältigten Kurier die Strecke in wenigen Tagen, große Frachttransporte wurden in wenigen Monaten abgewickelt.³⁰ In der Regel benötigte die Post für eine Richtung ungefähr eine Woche. Dieser Postverkehr konnte die

Grenzen unbehelligt und zollfrei passieren. Was eigentlich der Regierung diene, durften mit Genehmigung des Kurfürsten einzelne Personen und ausgewählte Institutionen kostenlos mitnutzen: So konnte beispielsweise die Universitätsbibliothek Göttingen neu erscheinende Bücher über Londoner Agenten erwerben und sowohl kostengünstig als auch schnell mit der Diplomatenpost nach Göttingen transportieren lassen.³¹ Von diesem Kommunikationsweg profitierten besonders die Mitglieder der intellektuellen Elite der Personalunion, selbst dann, wenn sie Teil von Netzwerken jenseits des politischen Rahmens der Personalunion waren.

4. Transfer und Parallelität in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft

Die Entwicklung der Medien in Umfang, Reichweite und Frequenz prägte die Kommunikation in der Zeit der Personalunion. Briefe waren ein traditionelles und in ihrer Zahl beständig zunehmendes Kommunikationsmittel. Zeitungen erreichten immer breitere Schichten der Bevölkerung, doch während in Großbritannien seit der Aufhebung der Zensur 1695 der Zeitungsmarkt florierte, musste sich in Hannover erst eine freie Presse entwickeln, und vielfach druckten eher Hamburger als Hannoveraner Zeitungen Berichte aus London. Gelehrte Journale, deren inhaltliche Vielfalt geradezu sprunghaft wuchs, erreichten im Zeitalter der Aufklärung schnell große Leserkreise; Übersetzungen wichtiger Texte und Bücher kursierten in immer kürzerer

Zeit und zunehmender Auflage; gedruckte Kompositionen änderten den Musikmarkt.³² Die regelmäßige und kostengünstige Kommunikationsachse zwischen Hannover und London als der Hauptstadt des europäischen Kulturmarktes sicherte den Regierungen wie den Intellektuellen und Gelehrten wichtige Vorsprünge in der entstehenden Öffentlichkeit – umso gravierender wirkte sich ihre Unterbrechung während der Kontinentalsperre aus.

In der britischen Wahrnehmung des frühen 18. Jahrhunderts war Hannover ein uninteressantes kleines armseliges Fürstentum, von Ackerbau geprägt und vielfach unzugänglich. Briten reisten im Zuge einer *grand tour* lieber von den Niederlanden rheinaufwärts über die Schweiz nach